



Erscheinungswort: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite M. 1,00. Kleinere M. 3.—. Bei Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.—. Fernspr. 9.

Dienstag, den 14. März 1922.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 24.— vierteljährlich. Postbezugspreis M. 24.— mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Neueste Nachrichten.

Die Verhandlungen, die schon seit einiger Zeit zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und der Reichsregierung über die Neuregelung der Beamtenbesoldung geführt wurden, haben zu einer Einigung geführt. Zum Zwecke der Aufbringung der Mittel für die Gehaltserhöhungen ist eine Erhöhung der Tarife bei Post und Eisenbahn auf 1. April vorgezogen.

In dem Gesetzentwurf für ein neues Beamtenrecht wird das Beamtenfreirecht für lebenslanglich angestellte Beamte abgelehnt.

Trotz der ablehnenden Haltung Amerikas soll die Konferenz von Genewa nun doch abgehalten werden, und zwar am 10. April.

Amerika hat übrigens noch eine Nachtragsforderung für seine Besatzungskosten bis 1. Mai 1922 eingereicht, sodas sich die Summe jetzt auf 267 Millionen Dollars beläuft. Ueber die Gründe dieses Vorstoßes der Washingtoner Regierung werden von dort aus die verschiedensten Erklärungen, selbstverständlich nur „offiziell“, d. h. mit dem Grade der denkbar größten Unwahrscheinlichkeit in bezug auf ihre innere Wahrheit, gegeben. Man wird gut tun, sich nicht immer wieder von diesen Phrasen überdöpseln zu lassen, und endlich einmal auf den einzig vernünftigen Standpunkt kommen, das weder England noch Amerika uns wirklich aufhelfen wollen, denn sie sind es doch gewesen, die uns niedergeschlagen haben.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Der Wortlaut der amerikanischen Forderung an die Alliierten.

Paris, 13. März. (Wolff.) Das von den amerikanischen Delegierten gestern den Finanzministern von England, Frankreich, Italien und Belgien überreichte Memorandum hat folgenden Wortlaut: Ich habe heute vormittag ein Kablelgramm aus Washington erhalten, das mir die Instruktion erteilt, Ihnen zu erklären, das die Ausgaben für das amerikanische Besatzungsheer bis zum 1. Mai 1921 sich auf ungefähr 241 Millionen Dollar belaufen. Die Alliierten Regierungen mit Ausnahme vielleicht von Großbritannien haben ihre gesamten Okkupationskosten bis 1. Mai 1921 zurückgehalten und wahrscheinlich wird die Ausgabe für das britische Heer vollkommen durch das bevorstehende Abkommen gedeckt. Unter Würdigung dessen wünscht die Regierung der Vereinigten Staaten die lückenlose Zurückerstattung der Kosten für das Besatzungsheer mit Zinsen bis 1. Mai 1921 zu erhalten, bevor irgend ein Anteil hiervon verteilt wird. Was die laufenden Kosten anbelangt, lautet meine Instruktion dahin, zu erklären, das die Regierung der Vereinigten Staaten ihre volle Zahlung verlangen wird, das sie aber, wenn sie hierfür eine Zahlungsverpflichtung erhält, kein Hindernis sieht, sich auch über die praktischen Einzelheiten der Zahlung zu verständigen. Gezeichnet Woodrow Wilson, nichtoffizieller Vertreter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission.

Paris, 12. März. (Wolff.) Wie der „New York Herald“ aus Washington meldet, soll das Staatsdepartement mit Nachdruck erklärt haben, die Vereinigten Staaten würden auf der Bezahlung der Besatzungskosten bestehen. Diese Forderung werde als eine unantastbare Forderung angesehen und die amerikanische Regierung würde ihre Ablehnung als ein ungewöhnliches Vorgehen der Alliierten betrachten.

#### Noch eine weitere Forderung Amerikas.

Paris, 13. März. Die „Chicago Tribune“ meldet, das außer den von Amerika als Besatzungskosten verlangten 241 Millionen Dollar demnächst eine Rechnung über 23 Millionen Dollar für die Unterhaltungskosten der amerikanischen Truppen vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1922 überreicht werden würde.

#### Sehr energische Winke Amerikas.

London, 13. März. Wie die „Times“ aus Washington berichten, sei der Presse von sehr hoher amerikanischer Seite erklärt worden, es sei die heilige (!) Pflicht der Alliierten, der amerikanischen Regierung den Betrag zur Deckung ihrer Ausgaben zuzuerkennen. Der Gedanke, das die Alliierten die amerikanische Forderung ablehnen und ihre Ablehnung auf technische Ursachen gründen könnten, werde nicht in Betracht gezogen. Der Berichterstatter der „Times“ fügt hinzu, die amerikanische Regierung habe nicht die geringste Absicht, ihre nach ihrer Ansicht unzweifelhaften Rechte in dieser Frage aufzugeben. In Washington werde diese Politik als ein diskreter Druck Amerikas auf gewisse Elemente in Europa bezeichnet.

### Die angeblichen Gründe für Amerikas eigenwillige Haltung.

London, 13. März. Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge wird von zuständiger amerikanischer Seite in London erklärt, das die Anregung der amerikanischen Regierung an ihren Pariser Vertreter Boyden angesehen werden könne als Ergänzung zur Weigerung Amerikas, an der Genuefer Konferenz teilzunehmen. Diese Weigerung beziehe sich einerseits auf Einwände gegen irgendwelche vorzeitigen offiziellen Beziehungen zum bolschewistischen Rußland und wende sich gegen den Ausschluß der Reparationsfrage, sowie der Fragen, die die Abrüstung zu Lande betreffen, zu dem Programm der Konferenz. Die amerikanische Regierung habe es anscheinend für ratsam gehalten, ihren sehr bestimmten Ansichten in diesen Fragen positiveren Ausdruck zu geben.

### Endgültige Festsetzung der Genuefer Konferenz auf 10. April.

Rom, 13. März. Den Zeitungen zufolge ist auf Grund zustimmender Mitteilungen der beteiligten Regierungen die Genuefer Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden.

### Reizvolle Anfragen und ebensolche Antworten im englischen Unterhaus.

London, 13. März. Chamberlain erklärte im Unterhaus, die russische Sowjetregierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, das die russische Delegation auf der Genuefer Konferenz aus Lenin, Tschitscherin, Krassin und Litwinow und 11 anderen Personen bestehen werde. — Das Parlamentsmitglied Wegwood stellte die Anfrage, ob Schritte getan worden seien, um die russischen Delegierten gegen Ermordung zu schützen. Chamberlain erwiderte, dies sei eine Frage, welche die italienische Regierung angehe. — Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, die Abgeneigtheit der amerikanischen Regierung, an der Genuefer Konferenz teilzunehmen, werde zu keiner Aenderung des Zeitpunktes der Konferenz führen. Die Zusammenkunft sei für den 10. April festgesetzt. — Das Parlamentsmitglied Kennworthy frate an, ob die amerikanische Regierung es abgelehnt habe, an der Konferenz teilzunehmen, weil die russische Regierung vertreten sei. Chamberlain erwiderte, er wolle die Auslegung der Erklärung der amerikanischen Regierung selbst überlassen. — Auf eine weitere Anfrage teilte Chamberlain mit, das die Anerkennung Konstantins als König von Griechenland keinesfalls eine der Fragen sei, die in Genewa angeschnitten werden würden. — Auf die Frage, ob die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher unter den Fragen sei, die in Genewa zur Verhandlung kommen würden, erwiderte Chamberlain mit Nein. — Ferner teilte Chamberlain mit, das Lord Curzon morgen im Oberhaus zu den letzten Neußerungen des ehemaligen Staatssekretärs für Indien, Montagu, Stellung nehmen werde.

### Erneute Versuche der Entente zur Lösung der Orientfrage.

London, 13. März. Im weiteren Verlauf der Sitzung des Unterhauses erklärte Chamberlain, auf der bevorstehenden Zusammenkunft der drei Außenminister in Paris wolle man möglichst zu einem Uebereinkommen zwischen den drei Großmächten Frankreich, Italien und Großbritannien bezüglich der Mittel gelangen, durch die die Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei sobald wie möglich beendet werden könnten und ein neuer Vertrag mit der Türkei abgeschlossen werden könne. Eine solche Lösung würde sicherlich nicht erleichtert und würde vielleicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden, wenn die vorgeschlagenen Bedingungen in ihrem Anfangsstadium in den Parlamenten der drei Länder erörtert würden. Wenn die Versuche der Regierung, den Frieden herbeizuführen, erfolgreich sein sollten, werde die britische Regierung das Parlament auf dem Laufenden halten. Chamberlain fügte hinzu, diese Antwort berühre nicht das Versprechen, das bevor der englisch-französische Pakt abgeschlossen oder ratifiziert werde, er im Unterhaus erörtert werden solle.

### Der Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien.

Genf, 13. März. Wie bereits gemeldet, ist in den Unterausschüssen I—III volle Einigung zwischen den deutschen und polnischen Abordnungen erzielt worden. Zu den Streitfällen, die damit erledigt sind und keines Schiedsspruches mehr bedürfen, gehört auch die Frage der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die bekanntlich Gegenstand besonders eingehender Verhandlungen war. Die Meinungsverschiedenheiten lagen vor allem in dem Fortbestehen des Zusammenhangs zwischen den Gewerkschaften im abgetretenen Gebiet mit ihren

Zentralen. Diese Frage ist nun, wie man hört, in Verbindung mit anderen Problemen des Arbeitsrechts in einer für beide Teile annehmbaren Form gelöst worden, welche die wesentlichen Lebensinteressen der Arbeiter im polnisch werdenden Teile Oberschlesiens wahr.

Genf, 13. März. Ueber den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen gibt das Völkerverbandssekretariat folgende Mitteilung aus: Zu unserer letzten Meldung wird uns bestätigt, das die beiden Abordnungen der beiden Länder eine Denkschrift überreicht haben, in der die noch offenen Streitfragen zusammengefaßt wurden. Es handelt sich um folgende Punkte: 1. die Liquidation des deutschen Besitzes und der deutschen Interessen in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens, 2. die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen über die Anwendung des Artikels 256 des Versailler Friedensvertrags auf den polnischen Teil Oberschlesiens (Uebergang des Besitzes des preussischen Staats und des Reichs an Polen), 3. gewisse Fragen aus der Unterkommission 11 (Minderheitenschutz) und die Frage des Verkehrs über Breuzburg. Diese drei Kategorien von Fragen, sowie gewisse Meinungsverschiedenheiten, die sich gegebenenfalls noch ergeben können, sind durch den Präsidenten entweder durch Vermittlung oder Schiedsspruch zu lösen. Die Besprechungen über alle diese Fragen sind noch im Gange, sodas jederzeit die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung zwischen den Bevollmächtigten besteht, was ein Eingreifen des Präsidenten überflüssig machen würde.

### Ein Donaufstaatenbund?

Paris, 13. März. Wie erinnerlich, wollte vor nicht allzu langer Zeit der tschecho-slowakische Außenminister Dr. Benesch in Paris. Dabei äußerte er sich über die zukünftigen Möglichkeiten Mitteleuropas folgendermaßen: Es besteht die Absicht, die kleine Entente zu einem föderalistischen Staatenbund auszubauen, dem außer Südslawien, der Tschecho-Slowakei, Polen, Rumänien und Serbien auch Österreich-Ungarn und Bulgarien angehören sollten. Regierungssitz dieses Föderativstaates, der in Zoll, Währung, auswärtiger Vertretung und Heereswesen einheitlich organisiert sein soll, soll Wien werden. Als Exponent dieser Idee gilt Benesch. Das reichste Land in diesem Föderativstaat ist Böhmen und natürlich strebt Benesch die Hegemonie für sein Heimatland an. Man bedauert die Bezeichnung kleine Entente, weil diese natürlich eine Spitze gegen das Deutschtum enthält, während man angeblich bestrebt ist, Deutsch-Österreich gleichwertig in den Föderativstaat aufzunehmen. Vielleicht hängt die beabsichtigte Gründung der amerikanischen Bank für Mitteleuropa hiermit zusammen. Weitergehende Pläne gehen dahin, aus diesem Föderativstaat einen europäischen Bund zu gestalten, der im Wesentlichen wirtschaftliche Ziele verfolgt. Den Hauptwiderstand gegen diese Pläne leistet Ungarn. — Aus dem Artikel ist zu entnehmen, das hier Frankreich und Amerika zusammenarbeiten. Frankreichs Bemühen wird sein, den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern. Amerika aber will den Staatenbund wirtschaftlich beherrschen.

### Das neue polnische Kabinett.

Warschau, 13. März. Präsident Pilsudski hat die Ernennung des neuen Kabinetts unterzeichnet. Ministerpräsident und Kultusminister ist Minister Polikowski, Minister für auswärtige Angelegenheiten ist Skirmunt und Minister für frühere preussische Gebiete ist Wibiak.

### Die revolutionäre Bewegung in Englisch-Südafrika.

Johannesburg, 13. März. Nach einer Mitteilung des Premierministers Smuts an die Presse ist die gegenwärtige revolutionäre Bewegung das Werk radikaler Elemente, die den Streik als Mittel benutzen, um syndikalistische Ansichten zu verbreiten. Es dürfte nicht lange dauern, bis unter Mitwirkung der lokalen Bürger friedliche Zustände wieder hergestellt sind. Der Generalstreik ist erklärt worden, aber die große Masse der Arbeiter ist der Streikparole nicht gefolgt. Die eingeborene Bevölkerung hat musterhafte Ruhe und Zurückhaltung gezeigt.

London, 13. März. Nach einer jüngsten Neutermeldung aus Johannesburg wurde in der Nacht zum 12. März ein Angriff der Revolutionäre gegen Johannesburg zurückgeschlagen. Regierungskommandos trafen in beträchtlicher Stärke von allen Seiten in Johannesburg ein. General Deventer und seine Truppen rückten auf der ganzen Front vor. Die Eisenbahnbrücke zwischen Germiston und Pretoria wurde in die Luft gesprengt.

Pretoria, 13. März. Das Streikkommando, das die Eisenbahnbrücke zwischen Germiston und Pretoria mit Dynamit sprengte, wurde in einer benachbarten Pflanzung festgestellt und wird nun von einem Flugzeug mit Bomben beworfen. Die wenigen Beamten, die die Straßen-Grube bewachten, wurden, nachdem sie sich den Revolutionären ergeben hatten, totgeschlagen. Die Streikenden gehen in dieser Gegend mit unglaublicher Raserei vor.

erreicht wur...

öffnungen, der... im Februar... zieht, das die... übrigen. Es... inanzzeitschrift... et worden ge... rigen Jahres.

arkt war auf... schwere junge... upferde 8 000... ngs 30—40 000... 000 M. Fohlen

den Deutschen... (öder) GmbH.

mit dem diese... nge Monats... ahgangs Le... enez rechtlich... wahren wir:... en der Rück... ankfurt a. M.,... e n, Müller... Marcel Dor... ner Romanti... Briefe zw... übungen und... der Lyrik und... n u. solche, die... — Feiertäg... Zeit — Der... unschwäbisches... ort zu Eduard... ucht, Bücher... en harter... Holde Kurz... veröffentlichen.

n n. Calw... et. Calw.

ertrag... ends 8 Uhr... eiß von... Graz

Millionen

aden.

uppe Calw.

März 1922.

her Liebe... er langen... n unseres

hler

ent, sagen... rs danken... n Barre... n für den... lgenberg... und Mi... en Ehren... begleitung... küßstätte.

lebenen.

wei

Löhner

ort gesucht.

en

hl Nr. 170

Meylein).

## Deutschland.

### Die Vereinbarung über die Neuregelung der Beamteneinsoldung.

Berlin, 13. März. Die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der Gewerkschaftsorganisationen im Reichsfinanzministerium über die Beamteneinsoldung haben, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstages, in den frühen Morgenstunden des Sonntags zu einer Einigung geführt und werden bezüglich der Arbeiter und Angestellten am Montag fortgesetzt.

Berlin, 14. März. Die in der Nacht vom Samstag zum Sonntag zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Reichsregierung im Reichsfinanzministerium getroffene Vereinbarung über die Neuregelung der Beamteneinsoldung sieht folgende Erhöhungen vor: Die Grundgehälter sollen erhöht werden in Besoldungsgruppe I um 3750 M., in II und III um je 4250 M., in IV um 4500, in V und VI um 4750 und in VII um 4250, in VIII und IX um je 4500 M., in X um 4000, in XI um 3000 und in XII um 2500 Mark. Gruppe XIII und die Einzelgehälter bleiben unverändert. Der Ortszuschlag bleibt wie bisher. Der prozentuale Teuerungszuschlag auf Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzulage wird von 20 auf 25 Prozent erhöht. Als neuer Gehaltsteil wird eine Frauenzulage von M. 1000 eingeführt, auf die aber kein Teuerungszuschlag gewährt wird. Die Kinderzulagen bleiben ihrem Betrag nach unverändert. Die Neuregelung tritt am 1. April in Kraft. Außerdem soll die Frage einer Vorrückzahlung noch im März im Benehmen mit dem 23. Ausschuss des Reichstags besonders geprüft werden. Die getroffene Regelung bedarf noch der Zustimmung der Spitzenorganisationen und des Reichstagsrats, sowie der gesetzgebenden Körperschaften. Der Gesamtaufwand der Erhöhungen dürfte, den Blättern zufolge, jährlich 30 Milliarden Mark einschließlich der Aufwendungen für die Länder und Gemeinden betragen. Zur Deckung dieser Mehrbelastung sollen bei Eisenbahn und Post Tarifierhöhungen vorgenommen werden, die voraussichtlich schon am 1. April in Kraft treten sollen.

### Ein Gesetzentwurf für ein neues Beamteneinsoldrecht.

Berlin, 13. März. Wie die Blätter hören, sind die Vorarbeiten für ein neues Beamteneinsoldrecht soweit gediehen, daß demnächst ein Gesetzentwurf dem Reichstag zugehen soll. Der Entwurf enthält auch die Frage des Streikrechtes der Beamten. Ein lebenslanglich angestellter Beamter, der streikt, soll die Beamteneigenschaft verlieren. Es steht ihm binnen vier Wochen ein Klagerecht gegen den Entschluß zu. Endgültig entlassene Beamte können erst nach frühestens fünf Jahren wieder eingestellt werden.

### Der Reichsausschuss der deutschen Volkspartei billigt das Steuerkompromiß.

Berlin, 14. März. Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei billigte einmütig, laut „Zeit“, die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, insbesondere ihre positive Mitarbeit am Steuerkompromiß mit den damit verbundenen Vorschlägen zur Wiederherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der der Parteileitung, der Reichstagsfraktion und dem preussischen Minister der Partei das einmütige Vertrauen des Reichsausschusses zum Ausdruck gebracht wird.

### Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 13. März. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Punkt: Finanzfragen der Tagesordnung der Genuever Konferenz. Er kam zu dem Schluß, daß es angesichts der ganzen Weltlage für Deutschland unmöglich ist, bestimmte Vorschläge für die einzelnen Fragen zu machen, und den deutschen Unterhändlern in Genue daher neben allgemeinen Richtlinien hauptsächlich die genügenden statistischen Unterlagen zur Beantwortung aller Fragen, die Deutschlands Lage betreffen, mitzugeben sind. Bei Behandlung der Zwangsanleihe wurde mit 12 gegen 4 (Arbeitgeber und ein Vertreter der freien Berufe) Stimmen ein Antrag Hilferding angenommen, wonach der finanzpolitische Ausschuss die Emission einer Zwangsanleihe für wirtschaftlich äußerst bedenklich hält. Die oberste Forderung der Finanzpolitik, nämlich die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt bleibe unerfüllt. Die Inflation mit ihren verhängnisvollen Wirkungen dauere fort. Zugleich verderbe die Zwangsanleihe auf längere Zeit den Anleihemarkt und schädige den Kredit Deutschlands im Ausland. Der Ausschuss bedauert, daß nicht andere Möglichkeiten der Kreditaufbringung versucht worden sind, wie z. B. die Auflegung einer freiwilligen goldbeständigen Anleihe, deren in Gold zu begleichenen Zinsen und Amortisationsbeträge dem Besitz auszuwerten wären.

### Ein neues „Gerücht“ im Falle Hermes.

Berlin, 14. März. Einer sozialistischen Korrespondenz zufolge soll angeblich in politischen Kreisen das „Gerücht“ umgehen, daß der Winzerverband von Saar, Mosel und Ruwer nicht nur eine Zuderzuteilung von 8000 Zentnern erhalten habe, sondern daß er auch aus irgend einem, dem Reichsernährungsministerium zur Verfügung stehenden Fonds finanzielle Unterstützung bezogen haben solle.

### Die „Internationale“ und der 1. Mai.

Berlin, 14. März. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufruf des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai. Der Aufruf stellt nach einer Kritik des Versailler Friedensvertrags, der zu den alten Ursachen der Zwietracht noch neue gefügt und das wirtschaftliche Gleichgewicht vollkommen zerstört habe, zum Zwecke der Sanierung und Reorganisation der Wirtschaft folgende Forderungen auf: Planmäßige Verteilung der Rohstoffe, Stabilisierung der Goldwerte, Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel. Der Aufruf fordert die Arbeiter der Welt auf, auf den Sieg des Internationalismus hinzuwirken und am 1. Mai Demonstrationen abzuhalten und durch die allgemeine Arbeitsruhe die Macht und Solidarität der Arbeiter zu zeigen.

## Wirtschaftliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung betreffend die Errichtung einer Entwässerungsgenossenschaft in Liebelsberg.

Der von den Gemeindefolgeren in Liebelsberg gestellte Antrag auf Errichtung einer Entwässerungsgenossenschaft zur gemeinschaftlichen Dränung von Ackerfeld und Wiesland in den Gewänden: „Lehen am Waldbrunnen, im vorderen Lehen, Lehen, auf der Höhe, Hausgärten, Mad, an der langen Gasse, Ulrichswägen und am Ulrichswägen“ der Markung Liebelsberg ist mit Erlaß der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abteilung für Feldbereinigung, vom 4. März 1922 Nr. 1362 zur Abstimmung zugelassen worden, nachdem bei der vorläufigen Prüfung das Unternehmen als für die Bodenkultur nützlich und der Plan im ganzen als zweckmäßig und ausführbar erkannt worden ist. Es wird nunmehr gemäß Art. 88 des Wassergesetzes vom 1. Dezember 1900 (Reg. Bl. S. 921) zur Abstimmung über den gestellten Antrag

#### Tagfahrt

auf Donnerstag, den 27. April 1922, vorm. 9 Uhr im Rathaus in Liebelsberg anberaumt.

Hierzu werden die Beteiligten mit dem Anfügen geladen, daß diejenigen Beteiligten, welche bei der Abstimmungsfahrt weder in Person noch durch einen seine uneingeschränkte Vertretungsbefugnis nachweisenden Vertreter erscheinen, als dem beantragten genossenschaftlichen Unternehmen zustimmend angesehen und von der Teilnahme an der sich an die Abstimmung anschließenden Wahl der Vertreter desselben (s. unten) ausgeschlossen werden und daß ein Einspruch oder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die gesetzliche Folge des Ausbleibens nicht stattfindet. Etwaige nicht bereits angemeldete Ansprüche auf Freilassung von der Teilnahme an dem Unternehmen oder auf Anteilnahme an demselben, welche aus Art. 84 Abs. 2 und 3 oder aus Art. 85 Abs. 1 des Wassergesetzes abgeleitet werden, sind innerhalb der Ausschlußfrist von zwei Wochen bei dem Schultheißenamt Liebelsberg oder bei dem Oberamt geltend zu machen.

Stimmberechtigt sind bei der Tagfahrt diejenigen Personen, deren Grundstücke nach dem Bescheid der Zentralstelle (siehe oben) und dem vorläufigen Erkenntnis des Oberamts in den Kreis des geplanten Unternehmens fallen. Zu der Verhandlung werden, jedoch ohne Stimmrecht, auch solche bei dem genossenschaftlichen Unternehmen nicht zu beteiligende Personen zugelassen, deren Rechte oder Interessen durch das Unternehmen berührt werden.

Wird bei der Abstimmungsfahrt die Ausführung des Unternehmens beschlossen, so sind von den Beteiligten sofort im Anschluß an diese 3 Bevollmächtigte zu wählen, welche die beteiligten Grundeigentümer in dem Verfahren bis zur Bildung der Genossenschaft und Bestellung des Vorstands vertreten.

Der Plan und seine Beilagen sowie der Bescheid der Zentralstelle sind von heute an bis zur Abstimmungsfahrt auf dem Rathaus in Liebelsberg aufgelegt.

Calw, den 13. März 1922. Oberamt: G. S.

## Vermischtes.

### Der Spürsinn der englisch-amerikanischen Sensationspresse.

Berlin, 14. März. Zu den englisch-amerikanischen Darstellungen über den Ehescheidungsprozess der Freifrau von Plattenberg erklärt der Rechtsbeistand der Freifrau, daß es nicht wahr sei, daß die Prinzessin Eitel Friedrich Beziehungen zu dem Freiherrn von Plattenberg zugegeben habe. Sie habe vielmehr unter ihrem Eid jede unerlaubte Beziehung zu dem Freiherrn vor oder nach der Ehe in Abrede gestellt. Sie habe auch keineswegs hinzugefügt, daß sie den Eid mit dem größten Vergnügen schwöre, was ihr eine Rüge des Richters eingetragen haben soll. Die Erklärung des Rechtsbeistandes hebt ferner hervor, daß die englisch-amerikanische Presse den Prozess vor dem Potsdamer Landgericht spielen lasse, während der Termin in Wirklichkeit vor dem Amtsgericht in Potsdam stattgefunden habe. Der Prozessbevollmächtigte der Freifrau hebt noch besonders hervor, daß er und seine Mandantinnen ständig von englischen und amerikanischen Journalisten überlaufen worden seien, die um Auskunft über die Prozessvorgänge gebeten hätten. Es sei ihnen aber jede Auskunft rundweg abgeschlagen worden. — Der Rechtsbeistand des Prinzen Eitel Friedrich bezieht die Angaben der ausländischen Presse als grobe verleumderische Lüge. Gegen die Verbreiter der Lüge werde Strafantrag gestellt werden.

### Bevorstehender Streik in der Augsburger Maschinenindustrie.

Berlin, 14. März. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Augsburg ist dort gestern in einer Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig beschlossen worden, morgen Mittwoch in den Streik zu treten. Zuerst sollen die zwei großen Betriebe der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und der Maschinen- und Bronzewarenfabrik Niedinger mit zusammen 6000 Mann Belegschaft die Arbeit niederlegen. Die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes\* und des Gewerkschaftsvereins deutscher Metallarbeiter wollen sich ebenfalls an dem Streik beteiligen.

### Ausfuhrfreiheit für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Frankreich.

Paris, 14. März. Ein Dekret vom vorgestrigen Tag hat die Ausfuhrverbote und Ausfuhrabgaben auf eine ganze Reihe von Tieren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Pferde, Stuten, Fohlen, Geflügel, Butter, Käse) aufgehoben. Weiter können infolge der allgemeinen Aufhebung der Ausfuhrverbote von jetzt ab ohne besondere Genehmigung ausgeführt beziehungsweise wieder ausgeführt werden: frisches Fleisch, Rindvieh, Eier, Milch und eine Reihe von Artikeln, die durch einen Erlaß des Finanzministeriums vom 11. März bestimmt wurden. Hierdurch ist die tatsächliche Ausfuhrfreiheit für landwirtschaftliche Erzeugnisse wiederhergestellt.

## Aus Stadt und Land.

### Landwirtschaftlicher Hausfrauenverein Calw.

Am letzten Sonntag hielt der landwirtschaftliche Hausfrauenverein eine Generalversammlung im Saale der früheren Brauerei Dreiß hier ab. Frau Fabrikant Sannwald, Vorsitzende des Vereins, eröffnete die Versammlung und gab einen Ueberblick über die Tätigkeit des Vereins, die infolge der veränderten Verhältnisse eine andere geworden sei als während der Kriegsjahre. Das Tätigkeitsgebiet des Vereins erstreckte sich in der Hauptsache auf Abhaltung von Koch- und Nähkursen. Bei der „landwirtschaftlichen Woche“ habe die Auslösung der Hausfrauenvereine einen besonderen Anziehungspunkt gebildet. Zur Schau gebracht wurden: Spinn- und Webstube, Küche und Bäckerei, Brutzentrale, Garten mit Frühbeetanlagen und ein Verkaufstand. Die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine seien dem landw. Hauptverband angegliedert, weshalb die Aufstellung einer neuen Satzung notwendig wurde. Nach der Musterfassung ist in jedem Oberamtsbezirk ein Bezirksverein zu gründen, welchem so möglich von allen Bezirksorten Ortsvereine anzugliedern sind. Bis jetzt bestehen im hiesigen Bezirk Ortsvereine in Gchingen, Althengstett, Dedenspfonn, Oberkollwangen, Neubulach, Ostelsheim und Stammheim. Die neuen Satzungen wurden von der Vorsitzenden verlesen und ohne Widerspruch angenommen. Hierauf hielt Herr Dr. Grammer-Stuttgart einen Vortrag über das Thema „Die Zukunft der deutschen Hausfrau“, in welchem er zuerst die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Hausfrau vor dem Krieg schilderte, in welcher Zeit sie ziemlich im Ueberfluß wirtschaften konnte, aber doch gegen jezt verhältnismäßig leicht ihrer Aufgabe als Hausfrau gerecht werden konnte. Während der Kriegsjahre habe die landw. Hausfrau neben ihrer Hauswirtschaft vielfach auch die Landwirtschaft ganz übernehmen müssen, und sie habe getan, was in ihren Kräften stand. Doch habe es sich gezeigt, daß es notwendig sei, daß die landw. Hausfrau sich mehr als früher Kenntnisse erwerben müsse, um auch auf diesem Gebiet eine gewisse Selbständigkeit zu erlangen. Dieses Ziel sei für die landw. Hausfrauenvereine berufen, und namentlich seien die Ortsvereine dazu da, Aufklärung in jeder Beziehung zu verbreiten. Redner zu Vorträgen über alle Gebiete der Haus- und Landwirtschaft werden jederzeit zur Verfügung stehen. Wir leben in einer sehr ersten Zeit, die uns sowohl zur Sparsamkeit als auch zur Produktionssteigerung aller landw. Erzeugnisse zwingt. Hierbei komme der landw. Hausfrau eine große Aufgabe zu. Nicht nur Hausfrauen sollten den Vereinen angehören, sondern namentlich auch deren Töchter, welche in den Vereinen Gelegenheit für ihren späteren Lebensweg — ob sie nun Hausfrau werden oder nicht — finden sollen: Bei den sehr hohen Preisen der Lebensmittel und aller Bedarfsgegenstände sei es mehr als je notwendig, daß auch die landw. Hausfrau mit allem recht sparsam wirtschaften lerne. Die Gelegenheit, dies zu erlernen, sollen ihr in erster Linie die landw. Hausfrauenvereine bieten. Die Ausbildung etwa in städtischen Instituten eigne sich nicht für Landfrauen, dort vieles gelernt werde, was nicht aufs Land passe. Die Landmädchen sollen sich nicht käuflich lassen vom Großstadtstraßenbild, das nicht das richtige Großstadtbild gäbe, sondern sie sollen in die engen Straßen und Mietkasernen gehen, dort werden sie auch sehr viel ernstes Streben und harten Kampf ums Dasein finden. Ein Anerkennung der gegenseitigen Leistungen sei wesentlich zu einer Verständigung zwischen Stadt und Land. Auch in politischer Hinsicht sei es notwendig, daß sich die landw. Hausfrauen organisieren. Nachdem sie das Wahlrecht besitzen, sei es nötig, sich über die wichtigen Tagesfragen Aufklärung zu verschaffen, um von ihrem Wahlrecht auch entsprechenden Gebrauch machen zu können. Die Landwirtschaft sei die feste Stütze des Staates. Daß sie es bleibe, dazu sei auch die Mithilfe der landw. Hausfrau notwendig. — Der Redner erntete lebhaften Beifall. — Frau Sannwald sprach den Dank der Versammlung aus und wünschte, daß das Gehörte auch befolgt werde. Auch trat sie warm dafür ein, daß sich die Hausfrauenvereine an der sozialen „Studentenhilfe“ beteiligen möchten, da es im allgemeinen Interesse gelegen sei, zahlreichen Studenten in der gegenwärtigen Teuerung helfend zur Seite zu stehen. Zur Verlesung kam ein Dankschreiben an den landw. Hausfrauenverein Gchingen für überwiesene Lebensmittel. — Herr Landtagsabg. Dingler schloß sich dem Wunsche der Vorsitzenden an und befürwortete ebenfalls die Gründung von Ortsvereinen in jedem Bezirk, indem er darauf hinwies, daß die heute zur Entscheidung stehenden Fragen über Kirche und Schule, sowie die Verteidigung des ländlichen Grundbesitzes ob nun gegen Sozialisierung oder steuerliche Ueberlastung, Grund genug seien, daß auch die landw. Hausfrauen sich um die großen Tagesfragen kümmern. — Die Versammlung war leider nicht so zahlreich besucht wie es im Interesse der Sache wünschenswert gewesen wäre, der schöne Sonntag hat jedenfalls viele zu einem Spaziergang verlockt. — Eine Gratis-Verlosung von Blumenamen bildete den Abschluß der Versammlung, mögen freundliche Blumen aus diesen Samen eine hoffnungsfrohe Zukunft verkünden.

### Kinderliederkonzert.

Nach mehrjähriger Pause veranstaltet Fr. Helene Kausler am Samstag den 18. März, abends 7/8 Uhr, wieder eines ihrer reizenden Konzerte für große und kleine Leute und zwar im Dreißigen Saale. Außer den „Klassikern“ des Kinderliedes, Reinecke und Laubert, sind es diesmal hauptsächlich neue Lieder, zum Teil noch jezt lebende, die mit herzigen Liedern vertreten sind. So der frühere Professor am Stuttgarter Konservatorium Josef Haas, sein Lehrer Max Reger, die Berliner Damesch und Leo Blech, ferner der Komponist des „Evangelium“, Kienzl, der Freiburger J. Weismann u. a. Alt und Jung — denn nicht nur für Kinder sollen diese Darbietungen sein — steht eine Stunde reinen Genusses und großer Freude bevor. Vorverkauf in der Buchhandlung Ernst Kirchherr, Calw.

### Mitmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.

Der Hochdruck erhält sich noch. Auch am Mittwoch und Donnerstag ist vorwiegend trüb und mildes Wetter zu erwarten.

der  
Man  
word  
Sa hat  
lonne  
liegen  
Kolonne  
dabei  
das Best  
Lande  
Danf  
die beider  
Rettung  
tend g  
werden,  
gebaut  
es der  
terialien  
des Borf  
eine Men  
heiligen  
lonne nich  
kleineren  
lonne nich  
nicht gesch  
nerzeit di  
besäß, die  
Krieg aus  
Wann als  
lernt, der  
„Die Sa  
hört woh  
Zeiten  
unsfälle  
der Umge  
Krieg hat  
einer sold  
lung der  
später ein  
Um r  
Kolonne  
18. März  
währter  
gestell  
dem Fro  
sehen un  
jedoch de  
Hof“ Sa  
kann, dan  
Weiterbe  
Rafensp  
Vor  
ersten  
fen, da  
desfen  
geholt  
hat. Die  
das Sp  
Spiel u  
Angriff  
und erz  
und au  
nachdem  
schlossen  
Resulta  
gart hä  
gehen d  
Weise d  
(S)  
trieb  
kündig.  
(S)  
15. Nach  
in dem  
zur Unt  
beitamin  
der von  
dert wer  
ter soll  
tern für  
Die Ref  
das Fin  
gen wir  
widerruf  
Betrag  
teuerung  
die Orte  
Kottweil  
(S)  
Reeber  
Redakt  
Zeitsch  
zwei G  
vom 6.  
ten des  
kundlich  
deutsche  
ten St

erein Calw.
Hausfrauenverei
en Brauerei Dreif
ende des Vereins,
nd über die Tätig
iltnisse eine andere
Tätigkeitsgebiet des
ng von Koch- und
abe die Ausstel
ziehungspunkt ge
Webstube, Küche
anlagen und ein
vereine seien dem
Ausstellung einer
usterlagung ist in
den, welchem wo
liedern sind. U
sungen, A
angen, Neu
neuen Sahun
Widerspruch an
Stuttgart eine
er deutliche
der Landwirtschaft
her Zeit sie zw
egen jetzt verhält
rd werden konnt
rau neben ihr
ganz übernehme
stand. Doch hat
Hausfrau sic
ch auf diesem G
s Ziel zu förder
namentlich seie
chung zu verbr
Haus- und Lan
Wir leben in eine
f allen Gebiete
zeugnisse zwing
aufgabe zu. Ab
gehören, sonder
einen Bildungsge
nun Hausfrau
ohen Preisen da
mehr als je no
recht parlam
en, sollen ihr
Die Auszubild
Landfrauen, d
affe. Die Land
stabsstadtstraßenbil
en sollen in di
den sie auch seh
in finden. Ein
entlich zu eine
politischer Hin
uen organisieren
ch über die wich
von ihrem Wahl
en. Die Land
es bleibe, dazu
. — Der Redne
sprach den Dank
Orte auch besofz
Hausfrauenverei
schten, da es im
udenten in der
hen. Zur Ver
Hausfrauenverei
er Landtagsabg
n an und befür
n in jedem Be
zur Entscheidung
die Verteidigung
rung oder steuer
de landw. Haus-
Die Versamm
Interesse der
ntag hat jeden
Gratis-Verlosung
ammlung, mögen
groszkroße Zukun
t.

Kausler am
mes ihrer zeigen
in Dreifischen
einde und Lau-
zum Teil noch
So der frühere
as, sein Lehrer
erner der Kom
r. Weismann
sollen diese Dar-
sches und großer
Ernst Kirchner,

Donnerstag.
Mittwoch und
ildes Wetter

Aufführung zu Gunsten
der Freiwilligen Sanitätskolonne Calw.

Man schreibt uns: So manche der werten Leserinnen und Leser
wird sich erstaunt fragen: „Zu Gunsten der Sanitätskolonne Calw?
Ja hat denn eine solche im Dienst der Allgemeinheit stehende Ko-
lonne das nötig? Diese Frage muß bejaht werden — leider. Wie
liegen denn die Verhältnisse? Nach Kriegsschluß blieben der hiesigen
Kolonne eine Anzahl Mitglieder, die z. T. schon seit der Gründung
dabei waren, treu und sicherten so der Stadt und dem Bezirk Calw
das Bestehen einer Sanitätskolonne, während eine ganze Anzahl im
Kande einging. Mit sehr knappen Mitteln schlug man sich so durch.
Dank dem Entgegenkommen des Bezirks- und Gemeinderats wurden
die beiderseitigen Zuschüsse erhöht, auch vom letzteren noch neuerdings
Rettungsapparate angeschafft. Doch auch die Ausgaben sind bedeu-
tend gestiegen. Während an anderen Orten neue Kolonnen gebildet
werden, was größte Opferwilligkeit erfordert, bestehende weiter aus-
gebaut werden, ja sogar Sanitätsautos für sie beschafft wurden, fehlt
es der hiesigen Kolonne an notwendigsten sowohl in bezug auf Ma-
terialien als Ausrüstung. Durch verständnisvolles Entgegenkommen
des Vorstandes der hiesigen Allg. Ortskrankenkasse wurde Ende 1921
eine Menge Verbandmaterial zum Einkaufspreis abgegeben, nach dem
heutigen Wert in die Tausende gehend. Und trotzdem kann die Ko-
lonne nicht mal die paar hundert Mark zahlen, abgesehen von anderen
kleineren Ausgaben. Da muß Abhilfe geschaffen werden, soll die Ko-
lonne nicht der Auflösung entgegengehen. Das soll aber und darf
nicht geschehen. Wer weiß mit welcher Mühe und Opferwilligkeit je-
nerzeit die Kolonne geschaffen, wer gesehen, daß sie geschulte Leute
besaß, die bei jeder Hilfeleistung ihren Mann stellten, die, als der
Krieg ausbrach auch von Calw aus hinausgezogen und jahrelang ihren
Mann als Sanitäter standen, das verwendend, was sie daheim ge-
lernt, der wird mit dem Schreiber dieses einig sein in der Ansicht:
„Die Sanitätskolonne Calw darf nicht aufhören zu existieren!“ Man
hört wohl sagen, diese Einrichtungen braucht man nicht mehr, deren
Zeiten sind vorbei. Weit gefehlt! Oppau und einige Eisenbahn-
unfälle der letzten Zeit haben bewiesen, wie froh man war an den in
der Umgebung befindlichen Sanitätskolonnen. Aber auch nach dem
Krieg hat in Stadt und Bezirk Calw so manche Familie den Wert
einer solchen Hilfsorganisation schätzen gelernt. Eine völlige Umstel-
lung der Kolonne auf Friedensarbeit wird durchgeführt, darüber
später einmal.

Um nun zu besseren Kassenverhältnissen zu kommen, plant die
Kolonne einen Unterhaltungsabend am Samstag, den
18. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Bad. Hof“. Eine Anzahl belibe-
währter Kräfte haben sich bereitwilligt in den Dienst der guten Sache
gestellt. Während der 1. Teil ersten Charakter trägt, ist der 2. Teil
dem Frohsinn gewidmet, doch mehr soll nicht verraten werden, wer
sehen und hören will, der komme. Das Eintrittsgeld ist mäßig (ohne
jedoch der Wohltätigkeit Schranken zu setzen). Möge der „Badische
Hof“-Saal so besetzt sein, daß der bekannte Apfel nicht zur Erde
kann, dann ist der schwer um ihre Existenz kämpfenden Kolonne das
Weiterbestehen gesichert. (Siehe Inserat.)

Fußballsport.

Rasenportverein Wader III. — F.M.F.V. Calw I. 0:5 (0:3)
Ecken 4:5.

Vor längerer Zeit trafen sich obige Mannschaften zum
ersten Mal auf dem Hirsauer Plage und es ist zu begrü-
ßen, daß sich die Stuttgarter Mannschaft, die sich unter-
dessen die Abteilungsmeisterschaft in Klasse b in Stuttgart
geholt hat, zum Retourspiel in Calw wiederum angetragen
hat. Die Erwartung eines schönen Spieles traf zu, obwohl
das Spielfeld leider nicht in bester Verfassung war. Das
Spiel war von Anfang bis Ende flott. Die beiderseitigen
Angriffe wechselten fortwährend. Calw eröffnete das Spiel
und erzielte sofort eine Ecke, die aber nichts eintrug. Nach
und nach fanden sich beide Mannschaften besser zusammen
und auch die Stuttgarter wurden im Angriffe stärker,
nachdem eine Umstellung vorgenommen war. Durch Ent-
schlossenheit und Energie konnten die Einheimischen obiges
Resultat erzielen, das dem Spielverlauf entspricht. Stutt-
gart hätte zwar bei früherer Schießlust nicht torlos aus-
gehen dürfen. Der Schiedsrichter leitete in einwandfreier
Weise das Spiel. M r.

Der Streit in der Metallindustrie.

(S.W.) Stuttgart, 13. März. Die Metallarbeiter zahlreicher Be-
triebe im ganzen Land haben für nächsten Freitag die Arbeit ge-
kündigt.

15. Nachtrag zum Etat für 1921.

(S.W.) Stuttgart, 13. März. Das Staatsministerium hat einen
15. Nachtrag zum Staatshaushalt für 1921 dem Landtag überwiesen,
in dem beim Ministerium des Innern 4 Millionen M für Zuschüsse
zur Unterfütterung notleidender Klein-Kapitalrentner und beim Ar-
beitsministerium 2266 670 M zur Besserung der Milchversorgung
der von der Milchnot am schwersten betroffenen Gemeinden gefor-
dert werden. Letztere Summe erstattet das Reich wieder zurück. Wei-
ter sollen ab 1. Januar die Feuerungszuschläge zu den Beamtengehäl-
tern für die ersten 10 000 M von 20 auf 40 Prozent erhöht werden.
Die Mehrbezüge sind bereits vorläufig angewiesen. Außerdem wurde
das Finanzministerium ermächtigt, an Orten mit besonders schwierigen
wirtschaftlichen Verhältnissen den Staatsbeamten ab 1. Januar
widerständige Wirtschaftsbeihilfen zu gewähren, deren Höhe von dem
Betrag der den Arbeitern der Reichsverwaltung bewilligten Ueber-
teuerungszuschüsse bestimmt wird. In Württemberg kämen zurzeit
die Orte Stuttgart, Feuerbach, Oberkürtheim, Eßlingen, Fellbach und
Rottweil für die Beihilfe in Betracht.

Deutsche Selbstbeschnzung.

(S.W.) Stuttgart, 11. März. Die Abgg. Schüler und
Reeder (U.S.P.) brachten folgende Anfrage ein: In der
Redaktion der „Menschheit“, einer bekannten pazifistischen
Zeitschrift in Ludwigsburg, erschienen am 6. März 1922
zwei Geheimpolizisten, um nach der in der „Menschheit“
vom 6. Oktober 1921 erschienenen Abhandlung „Selbenta-
ten des preußischen Militarismus“ zu fahnden, die in ur-
kundlich belegter Form schwere Anklagen gegen ehemalige
deutsche Ortskommandanten und die ihnen übergeordne-
ten Stellen erhebt. Es besteht begründeter Verdacht, daß

das Vorgehen der Polizei auf die in der Kleinen Anfrage
des Abg. Rückle aufgestellte unrichtige Behauptung, der
Verlag „Friede und Recht“ habe Sonderabzüge der ge-
nannten Abhandlung an die Franzosen“ geliefert, zurück-
zuführen ist. Wir fragen das Staatsministerium, ob es
das Vorgehen der Polizei billigt und was es zu tun ge-
denkt, um im Interesse des deutschen Volkes die in der
Abhandlung erwähnten Verbrechen gegen das Völkerrecht
einer Ahndung zuzuführen. — Man sollte nicht glauben,
daß in einer Zeit, wo Deutschland von seinen Feinden
vergewaltigt und ausgepreßt wird, solche Verlage bei uns
lebensfähig sind, und solche Anfragen gestellt werden. Der
Verdacht, daß der betreffende Verlag mit feindlichem Gelde
arbeitet, erscheint uns begründet.

Wiltberg, 12. März. Nachdem vor zirka 14 Tagen Herr
Baurat Daxer aus Stuttgart auf Veranlassung der hie-
sigen Bauvereine im „Scharzwaldsaal“ einen Vortrag
über die Vorteile und den Zweck der Gründung von Bau-
genossenschaften bezw. Siedlungsvereinen gehalten hatte,
jand heute im „Bären“ unter dem Vorsitz des Stadtschul-
heißer Mutzler die Gründung einer gemeinnützigen
Baugenossenschaft statt. In derselben wurde bekannt ge-
geben, daß sich bereits 70 Mitglieder zum Beitritt vorerst
unverbindlich angemeldet haben. Nach Ausstellung der
Satzung, wobei Herr Architekt Müller aus Stuttgart
Erläuterungen gab, wurde zu den Wahlen geschritten.
Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: 1. Vorsitzender
Herr Geometer Ehle, als Kassier Herr Kaufmann
Eberhard und als Schriftführer Herr Kaufmann
Remshardt; als Vorsitzender des Aufsichtsrats Herr
Notar Knodel, als dessen Schriftführer Herr Verm.-
Aktuar Mutzler und noch fünf weitere Mitglieder
aus den Handwerkerkreisen. Der Geschäftsanteil der Mit-
glieder wurde auf 500 M und das Eintrittsgeld auf 20 M
festgesetzt. — Die Stadtvorstandswahl hat leider
immer noch nicht ihre endgültige Erledigung gefunden.
Nachdem auch die zweite Wahl infolge Verwendung rökli-
cher Stimmzettel angefochten war, wurde diese von der
Kreisregierung Reutlingen für ungültig erklärt. Gegen
diese Entscheidung hat sodann die sozialdemokratische Par-
tei Beschwerde erhoben, jedoch die Angelegenheit nunmehr
in die Zuständigkeit des Ministeriums gekommen ist und
die Einwohnererschaft vielleicht noch vor einer dritten Wahl
steht.

(S.W.) Horb, 13. März. Auf einer Verbandsversammlung des
Bezirksverbands Heimbachkraftwerk im hiesigen Rathaus
wurde über den günstigen Stand der Bauarbeiten berichtet und die
Vollendung für Juli oder August in Aussicht gestellt. Der Voran-
schlag vom Januar 1921 sah einen Aufwand von 28,6 Millionen M.
vor. Im Dezember 1921 ergab sich infolge der Uebersteuerungen ein
Gesamtaufwand von 54 Millionen M. Für weitere Uebersteuerungen
sind nochmals 5 1/2 Millionen M. in Rechnung gestellt. Eine Höchst-
spannungsleistung für 55 000 Volt wird mit einem Aufwand bis zu
17 Millionen M. von Beringen a. N. über Horb, Veltenhausen nach
Waldböslingen gebaut, um die Belieferung Schrambergs mit seinen
großen Industrieunternehmungen sicherzustellen. Die Wasserkraft in
Beringen und das Ueberlandnetz Horb wurden erworben. Der ge-
samte Geldbedarf des Bezirksverbands berechnet sich auf 90—100
Millionen M., die die Württ. Girozentrale aufbringt.

Der Herrenberger Fall.
Verurteilung des Vorgehens
eines pazifistischen Schulvorstandes.

(S.W.) Stuttgart, 11. März. Im Landtag erklärte Kultminister
Dr. Giebler auf Anfrage der Rechten: Sofort nach dem Bekanntwer-
den des Vorfalles mit den Bildern in der Realschule in Herrenberg hat
die Ministerialabteilung für die höheren Schulen eine Untersuchung
angeordnet. Danach hat der Vorstand der mit vier Lehrern besetzten
Schule im Benehmen mit ihren Lehrern ausgewählte Bilder aus
der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ als wertvolles Anschauungs-
material für den Unterricht auf Rechnung der Stadt bestellt. Nach-
dem die Sammlung eingetroffen war, forderte der Vorstand die Leh-
rer auf, sich, wie er selbst, eine Anzahl von Bildern zum Aufhängen
in ihrem Schulzimmer auszusuchen. Ein Lehrer wählte sich über-
wiegend Bilder von führenden Männern und von Ereignissen aus den
Befreiungskriegen aus, die er für besondere künstlerische Darstellungen
und für geeignet hielt, die Aufmerksamkeit der Kinder auf die große
Zeit zu lenken. Er hing 11 Stück in seinem Schulzimmer in aller
Stille auf. Die 11 Bilder aus der Zeit der Befreiungskriege stellen
dar: Blücher, Sneydenau, Rörner, Arndt, Helldent der Schill'schen
Offiziere usw. Die Darstellung des Schulvorstandes, als sei das Zim-
mer mit den 11 Bildern überladen gewesen, hat sich als ganz unzu-
treffend erwiesen. Der Vorstand forderte ihre Entfernung; das Ge-
samtbild sei geeignet, in den Kinderherzen den Völkerraß zu ent-
fachen, während nach der neuen Reichsverfassung der Unterricht im
Geiste der Völkerveröhnung zu gestalten sei. Er wies dabei beson-
ders auf das (bekannte und weitverbreitete) Bild „Helldent der
Schill'schen Offiziere in Bese!“ hin und äußerte nach der Angabe
des Lehrers, das Bild habe den Zweck, Napoleon I. ins Unrecht zu
setzen, während dieser zur Erschießung der Schill'schen Offiziere be-
rechtigt gewesen sei. Der Lehrer erhob sofort Einwände. Der Schul-
vorstand bedeutete dem Lehrer, daß, wenn er die Bilder nicht selbst
wegnehmen werde, er sie durch den Schuldiener entfernen lassen
werde. Zur raschen Erledigung der Sache gab er später dem Lehrer
den dienstlichen Befehl, bis spätestens 12 Uhr mittags die fraglichen
Bilder im Arbeitszimmer abzugeben, widrigenfalls er die Bilder durch
den Schuldiener entfernen lassen werde. Der Lehrer setzte sich mit den
beiden anderen Lehrern in Verbindung, die mit ihm der Ansicht
waren, daß die Angelegenheit dem Lehrerrat zu unterbreiten sei. Un-
mittelbar darauf ließ der Schulvorstand die Bilder durch den Schul-
diener entfernen. Im Sommer 1920 entdeckte der Lehrer zufällig in
der Holzliste des Lehrerzimmers, das zugleich das Arbeitszimmer des
Vorstands ist, ein zusammengerolltes Bild, das den Kaiser Wil-
helm II. und den Kaiser Franz Josef (nach Hindenburg) mit der
Unterschrift „Die treuen Verbündeten“ darstellte. Das Bild war fast
ganz von oben bis unten aufgeschlitt; da aber der Riß auf dem

harten Papier nicht scharfkantig, sondern schräg war, konnte das Bild,
ohne daß der Riß zu erkennen war, wieder aufgehängt werden. Der
Lehrer nahm, da sein Schulzimmer bis dahin völlig kahle Wände
hatte, das Bild an sich und heftete es in Abwesenheit der Schüler
über seinen Pult. Dort entdeckte es nach einigen Tagen der Schul-
vorstand und argwöhnte, wie bei den Bildern aus den Befreiungs-
kriegen, eine persönliche Herausforderung des Lehrers gegen seine
Person. Er nahm ohne Rücksprache mit dem Lehrer vor der Klasse
das Bild ab, wobei der Riß zum Vorschein kam. Als der Lehrer die
Klasse betrat, war diese in Aufregung; auf seine Frage sagten ihm
die Schüler, daß das Bild vom Schulvorstand „heruntergerissen“ wor-
den sei, weil sie von dem vorhandenen Riß nichts wußten. Nach-
dem sich die Presse des Gegenstandes bemächtigt und in Herrenberg
eine sehr große Erregung Platz gegriffen hatte, beantragte unter dem
19. Februar 1922 der Schulvorstand bei der Ministerialabteilung für
die höheren Schulen „unter Verzicht auf einen Strafantrag wegen
Widerseßlichkeit im Dienst die Veretzung des Lehrers von Herren-
berg“. Er wies noch besonders auf die Gefährlichkeit des Bildes von
E. M. Arndt wegen dessen Lied „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“
hin. Andererseits rief der Lehrer unter dem 21. Februar 1922 die
Entscheidung der Ministerialabteilung für die höheren Schulen in der
Bilderfrage an. Der Vertreter der Abteilung ordnete am 23. Februar
in Herrenberg die vorschrittsmäßige Einberufung des Lehrerrats zur
Beratung der Bilderfrage an; sämtliche drei Lehrer sprachen sich für
die Wiederanbringung der entfernten Bilder und gegen den entgegen-
gesetzten Antrag des Schulvorstands aus, worauf dieser gegen den
Beschluß die Entscheidung der Ministerialabteilung anrief. Die Mi-
nisterialabteilung hat die Beschwerde des Vorstands für nicht be-
gründet erachtet. Zu der Frage der Aufstellung vaterländischer Bil-
der findet die Unterrichtsverwaltung, in Uebereinstimmung mit allen
Lehrern der Realschule in Herrenberg außer dem Vorstand und mit
der Ministerialabteilung für die höheren Schulen die Anbringung der
Bilder und Persönlichkeiten aus der Zeit der Befreiungskriege mit
Einschluß des Bildes vom Helldent der Schill'schen Offiziere in
dem Klassenzimmer des Lehrers nicht zu beanstanden. Ihre Entfer-
nung ohne Befragung des Lehrerrats war schon rechtlich unzulässig.
Wenn sich der Schulvorstand für sein eigenmächtiges, seiner ganz ein-
seitigen Einstellung entspringendes Vorgehen auf den Art. 148 Abs. 1
der Reichsverfassung beruft, monach in allen Schulen staatsbürger-
liche Gesinnung im Geiste des deutschen Volkstums und der Völk-
veröhnung zu erstreben ist, dabei aber nur die Völkerveröhnung be-
tonn, so überfließt er völlig, daß hier in der Verfassung an erster Stelle
staatsbürgerliche Gesinnung und Tüchtigkeit im Geiste des deutschen
Volkstums verlangt wird, zu der ohne Kenntnis der deutschen Ge-
schichte und ihrer großen Taten und Männer die Schüler nicht er-
zogen werden können. Aber auch der Geist der Völkerveröhnung
kann nur bei gegenseitiger Achtung der nationalen Geschichte jedes
Volkes erzielt werden, was wiederum die nationale Selbstachtung
und den Stolz auf die großen Taten des eigenen Volkes voraus-
setzt. In der Tat hat der Schulvorstand in Herrenberg statt Ver-
öhnung zu stiften, den Frieden in der Schule und in der ganzen Ge-
meinde, die durch den Vorfall weit über die Grenzen des Landes
hinaus in unerwünschter Weise bekannt geworden ist, auf das emp-
findlichste geschädigt, so daß die Erörterung im Gemeinderat und eine
angekündigte Protestversammlung der Eltern nur durch den Hinweis
auf die amtliche Untersuchung verhindert werden konnten. Besonders
zu erwägen ist, daß der Schulvorstand durch sein Verhalten das An-
sehen der Schule und die erzieherische Wirksamkeit ihrer Lehrer emp-
findlich geschädigt und seine Stellung als Schulvorstand schwer er-
schüttert hat. Andererseits hat auch der Lehrer durch die Andrin-
gung des Kaiserbildes in seinem Schulzimmer einen tabulativen
Mißgriff begangen, weil er sich bewußt sein mußte, daß die Andrin-
gung dieses ungeeigneten Bildes allerlei Deutungen veranlassen
kernnte. Aber auch das Verhalten des Schulvorstandes in dieser Sache
ist zu beanstanden, weil er das von ihm gerissene Bild in die Holz-
liste des Amtszimmers warf, nachher das Bild hinter dem Rücken
des Lehrers vor den Schülern in auffälliger Weise entfernte und da-
mit selbst den Glauben der Schüler, er habe es heruntergerissen, ver-
ursachte. Durch dieses Vorgehen hat er sein eigenes Ansehen, wie
das des Lehrers geschädigt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

\* Der Dollar steht heute auf 263,30 M; der Schweizer
Franken auf 50,70 M.

Märkte.

Ferde und Vieh.

(S.W.) Balingen, 13. März. Schweine markt. Zufgeführt
wurden 186 Stück Milchschweine, 2 Läuferchweine. Handel lebhaft.
Das Stück Milchschwein kostete 480—750 M, die Läuferchweine wur-
den nicht verkauft.

(S.W.) Ulm, 13. März. (Baummarkt.) Auch die Bäume
haben jetzt einen ziemlich hohen Preis erreicht. Auf dem Baummarkt
kosteten Hochstämme: Apfelbäume 35—40 M, Birnbäume 40 M,
Balsambäume 45 M, Zwetschgen- und Pflaumenbäume, veredelt 35
bis 40 M, unveredelt 15—20 M, Zierbäume 35—40 M. Bei Beer-
sträuchern bewegten sich die Preise von 2,50—5 M, Buschrosen ko-
steten 6—8 M, Rosenbäumchen 25 M, je pro Stück.

Die hiesigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wiesen- und
Ordnungsstellen gemessen werden, da jene noch die sog. wirtschaftlichen Befrei-
kosten in Zuzug kommen. D. Scheffel.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seimann, Calw.
Druck und Verlag der V. Melchior'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Im Preise erhöht von 1.50 M. auf 2 M. wurde
das bekannte Herzlilien-
Schampon, welches wegen seiner wunderbar verschönernden Wir-
kung als Haarwasmittel sehr beliebt ist.
Da in einschlägigen Geschäften Herzlilien-Schampon zu 1.50
M. jetzt nur noch kurze Zeit erhältlich ist, so empfiehlt es sich,
noch einige Pakete bald zu kaufen.

### Brandschadenseinzug betr.

Nächster Einzugstag für die mit der Bezahlung noch im Rückstand befindlichen Brandschadenschuldner am **Wittwoch, den 15. März 1922.**  
Gegen die weiterhin Säumigen müßten Zwangsmassnahmen eingeleitet werden.  
Calw, den 13. März 1922. Stadtpflege: Frey.

### Allmandbäume betr.

Zur Durchführung des Gemeinderats-Beschlusses vom 14. Mai 1921 betr. Feststellung des Eigentumsrechts an Allmandbäumen, sind nunmehr die nach 1900 gepflanzten Bäume in den letzten Tagen durch Kalkmilchanstrich bezeichnet worden. Von den so kenntlich gemachten Bäumen nimmt die Stadt sofort Besitz, wenn der Pflanzler des Baums nicht vorzieht, denselben sofort zu entfernen.  
Etwasige Einwendungen könnten bis zum 18. März 1922 hier geltend gemacht werden.  
Den 13. März 1922. Stadtpflege: Frey.

### Fischwasserverpachtung. Der Gemeindeverband Elektrizitätswerk Leinach-Station

verpachtet auf dem Rathaus in Neubulach am Samstag, den 18. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, von dem ihm gehörigen Fischwasser in der Nagold bei der Lalmühle  
a) vom Eintritt des Ziegelbachs in die Nagold bis zur sog. Eulenklinge zirka 1000 Meter,  
b) von dieser Stelle ab bis hinab zum Buchbrunnen zirka 1500 Meter  
auf weitere 6 Jahre, wozu Liebhaber eingeladen sind.  
Neubulach, den 13. März 1922.  
Der Verbandsvorsitzende:  
Stadtschultheiß Müller.

### Fahrnisversteigerung.

Aus dem Nachlaß der Anna Maria Steininger Witwe wird am Samstag, den 18. März nachmittags 1 Uhr beim Schulhaus in Dersollbach gegen Barzahlung verkauft:  
1 eichener, doppelter Kleiderschrank, 1 einfacher Schrank, 1 Kommode, 1 Küchekasten, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 vollständiges Bett mit Bettlade und Kof, Kleider, Leinwand, Küchengerät, 1 kupferne Bettflasche und anderes.  
Liebhaber sind eingeladen.  
Feucht, Bezirks-Notar.

**Gefunden**  
wurde am Sonntag auf der Straße von Altburg nach Oberreichenbach ein **Geldbetrag.**  
Abzuholen bei **Matth. Kentschler, Altburg.**

**Halbhund**  
(rotbraun)  
zugelaufen.  
Gegen Einrückungsgebühr u. Futtergeld binnen 8 Tagen abzuholen bei **Clement, Kleinwilbhad.**

**Rottweil,**  
7 Stck. erstklassig.



**Zucht-  
Farren**  
(mit Abstammungsnachweis)  
Gelb- und Rotfäcken, sehr dem Verkauf aus.  
**Martin Huonker, Farrenzüchter, Fernsp. 261**

**Suchen Sie mich an einem gutgehend. Geschäft tätig zu beteiligen, mit 40000 Mark Einlage.**  
Gestl. Angebote unter St. B. 61 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Mt. 150 Mille**  
sind gegen la Sicherheit sofort auszuleihen  
und wollen schriftliche Anträge unter C. D. 10 an die Gestl. ds. Bl. gerichtet werden.

**Einen eisernen  
Flaschenchrank**  
Größe 2x1,5x0,7 m  
verkauft  
**Emil Georgii.**

**Gehingen.**  
Verkaufe eine 36 Wochen traktige, starke  
**Ruh**  
Gottl. Stürner.



**Auch Du**  
wasche Dein Haar mit  
**Madaform**  
In Friseur-, Parfümerie- u. Drogeriegeschäften erhältlich  
Hersteller: Heilbronner & Co., Heilbronn a. N.

**Freiwillige  
Sanitätskolonne Calw,**  
Samstag, 18. März 1922,  
abends pünktlich 1/2 8 Uhr,  
im großen Saal des Badischen Hofes  
**Abend - Unterhaltung**  
(Ernstes und Heiteres)  
zu Gunsten der hies. Sanitätskolonne.

Saalsöffnung 1/2 7 Uhr. Bierauschank.  
Eintrittspreis 4.- Mk. (ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu sehen). Vorverkauf in d. Buchhandlung D l p p. Die Programme gelten als Eintrittskarte.  
Einen genussreichen Abend versprechend, bitten wir um zahlreichen Besuch. Der Ausschuß.

Samstag, 18. März, abds. 1/2 8 Uhr  
im Dreiß'schen Saale  
**Kinderliederkonzert**  
für große und kleine Leute  
von Helene Kausler-Reutlingen.  
Vorverkauf  
in der Buchhandlg. Ernst Kirchherr, Calw.  
Erwachsene 4.40, Kinder 2.20 einschl. Steuer.

**Gesucht**  
wird ein in der Landwirtschaft erfahrene  
**Mädchen**  
nicht unter 16 Jahren bei zeitgemäßen Lohn.  
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Dauerbrandbojen**  
fast neu zu verkaufen  
obere Marktstr. 27.

**Suche per sofort einen jüngeren, fleißigen  
Knecht,**  
der auch im Langholzfuhrwerk bewandert ist.  
Ludwig Jäck, Sägewerk Unterreichenbach.

**Gesucht**  
auf 1. April ordentliches tüchtiges  
**Mädchen**  
für Küche und Haushalt, oder junge Frau ohne Anhang bei hoch. Gehalt.  
Pension Abam, Hirsau.

**Schlafstelle**  
von solidem Herren gesucht.  
Gestl. Adressenangaben an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**1 Braunwallach**  
10jährig gut im Zug sehr dem Verkauf aus.  
Paul Schroth  
Rotfelden D. A. Nagold.

**Eingetroffen:**  
**Rabeljau**  
ohne Kopf  
Pfund 9.-  
**Bücklinge**  
(große) Pfund 8.-  
freischer  
**Blumenkohl.**  
**Piannkuch & Co.**  
Fernsprecher 45.

**Kein Husten  
mehr!**  
Dr. Bulle's echter Fenchelhonig wirkt Wunder. Zu haben bei Huthsteiner & Kistowsky, Ritter-Drogerie.

Habe im Auftrage eine sehr gut erhaltene  
**Schuhmacher-  
Nähmaschine**  
billig zu verkaufen.  
Zu erfragen bei Heinrich Perrot Bischoffstraße.

**Beamter sucht**  
auf 1. April in Calw oder nächster Umgebung  
**gut möbliertes  
Zimmer**  
in möglichst sonniger Lage.  
Angebote erbeten unter F. 59 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Habe zirka  
**12-15 Str.  
Heu u. Dehmd**  
zu verkaufen.  
Wiv. Großmann,  
Breitenberg.

**Einen angelernten  
Stier**  
verkauft.  
Friedrich Schaidle,  
Schmied, Stammheim.

**Althengstett.**  
Einen wüchsigem noch nicht ganz jährigen

**Stier**  
egt dem Verkauf aus  
Richard Salmon.

### Un unsere Mitglieder!

Infolge der stetig fortchreitenden Geldentwertung und der ungeheuerlichen Verteuerung aller Instandsetzungsarbeiten sind die im Januar 1921 vom Gemeinderat Calw als ordentlich anerkannten Durchschnittsmietpreise längst überholt und nicht mehr geeignet, dem Hausbesitzer eine annehmbare Papierrente aus seinem mit Goldmark bezahlten Besitz zu geben. Die im letzten Jahre wiederholt vorgenommenen Lohnsteigerungen, insbesondere die große Erhöhung der Beamtenegehälter, gingen an der Bewertung der Wohnungen spurlos vorüber. Die Preise für alle Baustoffe sind gegenüber den Friedenspreisen durchschnittlich um mehr als das Fünffache, die Löhne um mehr als das Zehnfache gestiegen, während der Hausbesitzer in den wenigsten Fällen auch nur eine Verdoppelung seiner Friedensmiete hat erreichen können. Alle Einsichtigen sind sich darüber klar, daß es so nicht weiter gehen kann.

Als berufene Vertreter der Hausbesitzer in Calw und Umgegend haben wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln eine in vernünftigen Rahmen bleibende Steigerung der Mieten und einen billigen Ausgleich der Interessen von Vermietern und Mietern angestrebt. Unter Landes- und Reichsverband haben nichts unversucht gelassen, was kürzlich im Reichstag leider unter Mitwirkung auch von bürgerlichen Parteien durchgepeitschte Reichsmietengesetz zu einem den Interessen der Hausbesitzer einigermaßen gerecht werdenden Instrument umgestaltet, jedoch ohne Erfolg. Der Anfang zur Sozialisierung des Hausbesitzes ist gemacht. Da dieses jedem Rechtsempfinden hohen sprechende Gesetz aber auch eine Aenderung sowohl der Reichs- wie der Württ. Landesverfassung bedeutet und als solche einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln bedarf, wird es wohl noch gute Weile haben, bis es in Wirkung treten kann. Mittlerweile muß der Hausbesitzer selbst suchen, wie er sich, bis er vollends ganz entrechtet ist und seine Besitztümer an seinen Mieter abzutreten hat, den Verhältnissen anpaßt.

In allen Fällen, in denen der Hausbesitzer im vergangenen Jahre keine 5% ige Nettoernte aus seinem Besitztum herauswirtschaften konnte, empfehlen wir unseren Mitgliedern, den bevorstehenden ortsüblichen Kündigungs-termin den  
**15. März,**  
nicht vorbehalten zu lassen, ohne ihren Mietern hinsichtlich des Mietpreises zu kündigen. Es ist ihr gutes Recht zu verlangen, daß sie mindestens die gleiche Verzinsung aus ihrem in einem Hause angelegten Kapital erhalten, wie wenn sie es in Kriessanleihe angelegt hätten. Man scheue auch nicht mehr so wie bisher den Gang vor das Mieteinigungsamt. Wir Hausbesitzer haben mindestens das gleiche Recht auf Besserung unserer Notlage wie die Kreise, welche trotz mehr als zwanzigjähriger Erhöhung ihrer Bezüge die Spalten der Zeitungen immer wieder mit ihren neuen Ansprüchen zu füllen verstehen. Wen der Schuh nicht schon vorher genügend gedrückt hat, der hat in der vom Landtag beschlossenen Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuern, die der Hausbesitzer wieder rückwirkend für das ganze Jahr 1921 zu tragen hat, ferner in der Erhöhung aller Baustoffpreise, die seit letztem Herbst z. T. das Dreifache beträgt, genügende Gründe zu einer Steigerung der Mieten.  
In einer demnächst stattfindenden Versammlung werden unsere Mitglieder weitere Aufklärung und Belehrung erhalten.  
**Haus- u. Grundbesitzerverein Calw e. V.**

**Frauen-  
Schönheit**  
verleiht rosiges, jugendfrisches Antlitz u. ein rein, zarter Teint. Alles dies erzeugt die echt e Streckenpferd-Seife die beste Lilienmilchseife v. Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben  
Zu haben in Calw: H. Beisser, Kaufm.; Friedr. Lamparter, Kol.-Waren; J. Odermatt, Friseur; Wilh. Winz, Friseur.

**Landw. Bezirksverein Calw.**  
Auf Lager sind:  
**Kalkstickstoff, Futtermehl,  
Kainit fein gemahlen, Melasse,  
Kalksuperphosphat, Koch- u. Viehsalz,  
feiner Mais, Saatsfrucht.**  
Ausgabe Mittwoch und Samstag in unserem Lagerhaus am Bahnhof.  
Geschäftsstelle: S. R n e c h t. Fernspr. Nr. 96.

**Wer will rasch und glücklich  
heiraten?**  
Auskunft nur gegen 2.- M für Rückporto durch S. Nagl, Ravensburg, Kältlestor.  
Einen getragenen, schwarzen  
**Gehrodanzug**  
hat im Auftrage zu verkaufen  
Schühle, Vorstadt.

### Nur noch kurze Zeit!

**Stoff-Verkauf im Karl-Friedrichshof (Westliche Karl-Friedrichstraße 37)**  
Zum zweitenmale in Pforzheim  
Verkaufszeit ununterbrochen von 8 bis 7 Uhr

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Preise für Anzug- und Kostümfstoffe ins Unersehliche steigen und daß es sich empfiehlt, den jetzigen Bedarf und den der nächsten Zukunft sofort einzudecken. Bei uns sind große Mengen in allen Sorten

**Anzug-, Kostüm- und Konfirmanden-Stoffen**  
von früheren Abschlüssen zu noch verhältnismäßig sehr billigen Preisen eingetroffen und jeden Tag kommen neue Sendungen herein, so daß wir imstande sind, Unvergleichliches zu bieten.

**Frankfurter billiger Sonder-Verkauf in Herren- und Damen-Stoffen!**  
E. Tröller.